Kleine Anfrage

der Abgeordneten Folger, Marx (München), Dr. Müller (München), Seuffert und Genossen

betr. Sonderzuschlag für München

Der Antrag der Abgeordneten Folger, Dr. Kreyssig, Marx, Seuffert und Genossen betr. Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes – Sonderzuschlag für München wie in Berlin und Hamburg – (Drucksache IV/2340) vom 10. Juni 1964 wurde vom Deutschen Bundestag abgelehnt. Ausschlaggebend für die Ablehnung war die Stellungnahme der Bundesregierung im Innenausschuß, die Sache werde ohnehin bei der geplanten Neuregelung des Ortszuschlages unter Beachtung der zur Begründung des Antrages vorgebrachten Argumente berücksichtigt.

Wir fragen die Bundesregierung:

Wann ist mit der versprochenen Neuregelung zu rechnen, die die berechtigte Forderung der im öffentlichen Dienst in Müncher Beschäftigten erfüllt?

Bonn, den 9. März 1966

Folger
Marx (München)
Dr. Müller (München)
Seuffert
Bals
Bauer (Würzburg)
Böhm
Felder
Fellermaier
Fritsch (Deggendorf)
Haage (München)
Herold
Hirsch
Höhne
Hörauf

Hofmann (Kronach)
Kahn-Ackermann
Kohlberger
Kurlbaum
Langebeck
Lautenschlager
Porzner
Dr. Reischl
Seibert
Seidel
Dr. Stammberger
Frau Strobel
Strohmayr
Zebisch